

III. Leben in Sachsen

Familie, Jugend, Senioren, Gesundheit und Pflege

Unser Ziel ist es, den Bürgern in Sachsen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Jeder ist zunächst dafür verantwortlich, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und sein Leben zu gestalten. Wer dazu aus objektiven Gründen nicht in der Lage ist, muss sich auf die Unterstützung der Gemeinschaft verlassen können. Liberale Sozialpolitik ermuntert zur Eigeninitiative und will möglichst wenige Abhängigkeiten schaffen. Sie basiert auf Eigenverantwortung und Solidarität, Toleranz und Selbstbestimmung. Sie orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Familie bildet die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Hier wird gemeinsame Verantwortung gelebt. Die Lebenswirklichkeit in Sachsen und Deutschland ist heute von unterschiedlichen Formen des familiären Zusammenlebens geprägt. Es gibt neben der traditionellen Familie auch Alleinerziehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir stehen für ein vielfältiges Familienbild. Wir wollen niemandem einen bestimmten Lebensentwurf vorschreiben.

Familien sollen selbst entscheiden können, nach welchem Familienbild sie leben. Wir stehen für echte Wahlfreiheit von Eltern bei Arbeits- und Familienaufgaben. Gerade in Sachsen ist es traditionell selbstverständlich, Kinder zu erziehen und einer Berufstätigkeit nachzugehen. Wir wollen den Freistaat zum familienfreundlichsten Bundesland entwickeln. Jeder Familie soll es möglich sein, die

Arbeit und Kindererziehung sowie die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger zu verbinden. Dazu brauchen sächsische Familien vor allem sehr gute Betreuungsangebote, grundsätzlich flexible Öffnungszeiten der Kitas, mehr betriebliche Betreuungsmöglichkeiten und eine abgesicherte Kinderbetreuung in Notfällen.

Der Erhalt der eigenen Gesundheit ist eines der wichtigsten Anliegen im Leben eines jeden Bürgers. Wir setzen dabei sowohl auf Eigenverantwortung und Prävention als auch auf professionelle und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Krankheits- oder Pflegefall. Haus- und Facharztbetreuung sowie stationäre Versorgung und die Absicherung der Pflege müssen in allen Regionen Sachsens dauerhaft gewährleistet sein. Wir wollen die Attraktivität des Arztberufs, vor allem bei Hausärzten, steigern. An der im Vergleich der Bundesländer vorausschauenden strategischen Krankenhausentwicklung halten wir fest. Wir wollen den Einfluss des Landes nutzen, damit unsere Bürger am medizinischen Fortschritt teilhaben können, ohne sie dabei finanziell zu überlasten.

Was haben wir bisher in Regierungsverantwortung erreicht?

- Unterstützung für sächsische Familien ausgebaut; Ausweitung flexibler Öffnungszeiten von Kitas zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Einführung eines Familienpasses für freien Eintritt in Museen, Sammlungen, Burgen und Schlössern des Freistaates für Eltern mit Kindern
- Investitionsoffensive bei Kitas allein in 2013 und 2014 mit über 100 Millionen Euro; deutliche Erhöhung der Betreuungsangebote (rund 100 Kitas und 35.000 Plätze mehr als noch 2009); Anstieg der Betreuungsquote von Kindern bis zu drei Jahren auf 46,4 Prozent und bis zu sechs Jahren auf 96 Prozent
- Entlastung von Kita-Erziehern durch Einführung eines speziellen Assistenzkräfte-Programms; Vervierfachung des Männeranteils in sächsischen Kitas; Einführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) für Schule und Kita
- Kinderschutz gestärkt und 2013 und 2014 rund 4,8 Millionen Euro für präventiven Kinderschutz bereitgestellt; effektives Einladungssystem für Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern geschaffen; Jugendarbeit in Kommunen mit über 20 Millionen Euro in 2013 und 2014 auf hohem Niveau stabilisiert und Unterstützung pro Jugendlichen festgeschrieben; flexibles Jugendmanagement im ländlichen Raum ausgebaut
- weitere Unterstützung von Paaren bei künstlicher Befruchtung
- attraktives Angebot für angehende Hausärzte mit neuem Landarztstipendium; Unterstützungsangebot für Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum gesichert
- solide finanzielle Absicherung der Investitionen in moderne sächsische Krankenhäuser in Höhe von über 390 Millionen Euro seit 2011; Aufbau einer flächendeckenden Versorgung von Schlaganfallpatienten (deutschlandweite Vorbildfunktion); Steigerung der Ärztezahl im stationären Bereich auf über 8.600
- Verdopplung der finanziellen Mittel zur Aufklärungsarbeit für Organspenden; mit Hygiene-Offensive bestehende Netzwerke gegen multiresistente Erreger gestärkt
- Erarbeitung eines modernen sächsischen Heimgesetzes, das die Betreuungs- und Wohnqualität im Alter, bei Behinderung und Pflegebedürftigkeit regelt, Bürokratie für die Einrichtungen abbaut, Anzeigepflichten reduziert und die Rechte der Heimbewohner stärkt
- Start des Projektes „Alltagsbegleiter“: Ältere Menschen erhalten Unterstützung bei einfachen Erledigungen des Alltags
- Hilfe für Pflegebedürftige flexibilisiert; erstmalige finanzielle Unterstützung für Nachbarschaftshilfe als niedrigschwelliges Betreuungsangebot
- selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen mit über 15 Millionen Euro seit 2011 gefördert; Investitionen in Behinderteneinrichtungen mit über 55 Millionen Euro seit 2011
- Allianz zur Beschäftigungsförderung mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Behindertenverbänden gegründet; Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt verbessert

Was wollen wir bis 2020 für Sachsen erreichen?

Balance von Familienleben und Beruf ermöglichen – Kitas neuen Aufgaben anpassen

Funktionierende familiäre Strukturen spielen für die Erziehung von Kindern eine entscheidende Rolle. Die Eltern haben den Bildungsauftrag für ihre Kinder und sind in der Pflicht, ihren Kindern Werte zu vermitteln. Wir wollen die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. In Sachsen ist es Tradition, dass beide Elternteile ihrem Beruf nachgehen und parallel dazu Verantwortung für die Familie tragen. So entscheidet sich in Sachsen rund ein Drittel der berufstätigen Väter für die Elternzeit. Damit nimmt Sachsen einen Spitzenwert in der Bundesrepublik ein. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Bedürfnisse der Eltern bei der Betreuung der Kinder stärker in den Vordergrund zu rücken und wir wollen Kindererziehung und Berufsausübung besser vereinbar gestalten:

- Kita-Investitionen sind auf hohem Niveau zu halten und Mittel bedarfsgerecht einzusetzen, sodass insbesondere auch bei Regionen mit hohen Geburtenzahlen ausreichende Betreuungsplätze für Familien zur Verfügung stehen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich Kindertageseinrichtungen und die öffentlich geförderte Kindertagespflege mit ihren Öffnungszeiten stärker an der konkreten Lebenssituation der Eltern orientieren. Dafür soll in einem ersten Schritt die Zahl der Kitas mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten verdreifacht werden. In einem zweiten Schritt wird die Beweislast umgekehrt: Jede Kindertageseinrichtung hat flexible Öffnungszeiten vorzuhalten, es sei denn, es gibt keinen Bedarf der Familien. Mehr Flexibilität bieten weiterhin Tagesmütter/-väter oder private Dritte.
- Für Notfälle in der Familie muss die Betreuung des Kindes besser abgesichert werden. Bei Engpässen in der Betreuung, wie beispielsweise bei beruflicher oder krankheitsbedingter Abwesenheit der Eltern, müssen flexible Betreuungsangebote für die Kinder vorgehalten werden.
- Der Ausbau der Kindertagesbetreuung beinhaltet auch, Tagesmütter und -väter weiter zu fördern, ihre Arbeit zu unterstützen und unnötige Regularien zu vermeiden. Neue, strengere Auflagen und zusätzliche Bau- oder Hygienestandards lehnen wir ab.
- Wir streben die Erweiterung beschäftigungsnaher Betreuungslösungen an. Dazu soll eine Informationsoffensive des Landes gestartet und damit mehr Unternehmen gewonnen werden, Lösungen für die Betreuung der Mitarbeiterkinder zu finden.
- Die Einrichtung von Betriebskindergärten soll erleichtert und die finanzielle Förderung fortgeführt werden. Betriebliche Ausgaben der Kinderbetreuung sollen steuerlich berücksichtigt werden. Bei Standards und Normen muss mehr Flexibilität geschaffen werden.
- Die Betreuung von Kindern soll bei Bedarf in einzelnen Fällen auch über Nacht möglich sein. Eltern im Schichtdienst müssen ebenfalls die Möglichkeit haben, ihre Kinder während der Arbeitszeit in eine sichere Betreuung zu geben.

Familienfreundlichkeit muss Schwerpunkt in Ausbildung und Studium werden, um jungen Menschen den Einstieg in einen Beruf und in das Berufsleben zu ermöglichen. Auch in Unternehmen müssen flexible Arbeitszeitlösungen mehr Beachtung finden. Wir setzen uns daher für ein familienfreundliches Lern- und Arbeitsklima ein:

- Das Studium muss noch familienfreundlicher ausgestaltet werden. Studiengänge müssen möglichst flexibel angeboten werden und auf die Bedürfnisse von Familien Rücksicht nehmen. Darüber hinaus sind familienfreundliche Regularien bei Beurlaubungen, Prüfungen, Auslandsstudien, Studentenwerksbeiträgen und Langzeitstudiengebühren zu finden.
- Auf Bundesebene muss die Überprüfung der BAföG-Leistungen angestoßen werden. Neben der stärkeren Entkopplung des BAföG-Zugangs vom Elterneinkommen muss die Unterstützung der Familien ein Schwerpunkt der Förderung werden.

-
- Wir wollen die Möglichkeit von Teilzeitausbildungen bekannter machen, damit vor allem das Interesse von Alleinerziehenden wecken und sie für den Arbeitsmarkt gewinnen.
 - Der Freistaat soll neue Arbeitszeitleösungen insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen durch Informationsangebote unterstützen.

Qualität und Flexibilität bei Kita-Personal Vorrang einräumen

Eltern sollen sich auf die Betreuung und Bildung ihrer Kinder verlassen können. Wir wollen qualifiziertes Personal für unsere sächsischen Kitas gewinnen und vorhandenes Fachpersonal von Routineaufgaben entlasten. Eine nachhaltige Verbesserung der Betreuungsqualität wollen wir wie folgt erreichen:

- Für die Qualität in Kindertageseinrichtungen ist nicht allein die Zahl der Erzieher und Betreuer entscheidend, sondern auch deren Qualifikation und Zusammenarbeit im Team. Das erfolgreich angelaufene Programm für neue Assistenzkräfte in Kindertageseinrichtungen wollen wir flächendeckend ausbauen. Es darf dabei keinen Ausschluss mit Förderprogrammen des Bundes geben. Die Assistenzkräfte zur Entlastung der Erzieher sind für uns ein wesentlicher Baustein, um die Qualität der Kinderbetreuung weiter zu erhöhen.
- Bei den steigenden Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen muss es eine faire Teilung der finanziellen Lasten geben. Bisher schulterten vor allem die Kommunen erhebliche Kostensteigerungen. Wir wollen zur finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuungsangebote die Landespauschale angemessen erhöhen. Ziel muss es sein, wieder eine faire Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommunen und Eltern herzustellen. Träger, die längere Öffnungszeiten (nach 18 Uhr oder am Wochenende) anbieten, sollen einen Zuschlag bei der Landespauschale erhalten.
- Wir wollen die Bürokratie im Kita-Alltag verringern. Dazu ist der sächsische Kita-Bildungsplan auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen und der entsprechende Aufwand zu reduzieren. Eine Vereinfachung soll mehr Freiräume für eine bessere Betreuung der Kinder schaffen. Die Erziehung und Förderung der Kinder muss wieder den Großteil der Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Dokumentationspflichten sind auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz abzuschaffen. Die Arbeit von Pädagogen im Bereich der frühkindlichen Bildung verdient große Anerkennung. Für eine höhere Attraktivität des Berufes brauchen wir mehr Gestaltungsfähigkeit, bessere Arbeitsbedingungen und eine leistungsorientiertere Bezahlung.
- Die Gewinnung von Fachkräften für unsere Kitas hat höchste Priorität. Wir wollen dabei auch besonders Männer für den Erzieherberuf gewinnen. Eine Kampagne für eine Ausbildung im Bereich der frühkindlichen Bildung soll dazu beitragen, um für den Beruf des Erziehers zu begeistern, Interessenten zu werben und gute Absolventen in Sachsen zu halten.

Familienpolitische Leistungen an Lebenswirklichkeit ausrichten

Wir setzen auf eine Familienpolitik, die den Zusammenhalt der Gesellschaft festigt und auf unterschiedliche Lebenssituationen eingeht. Es widerspricht unserer Vorstellung von persönlicher Freiheit, Familien ein bestimmtes Lebensmodell oder Rollenverständnis vorzuschreiben. Wir halten einen Mix aus staatlichen Leistungen für sinnvoll, der einerseits allen Familien zugutekommt und andererseits einzelnen Familien in bestimmten Lebenssituationen hilft. Für uns heißt das konkret:

- Die finanziellen Unterstützungen für Familien (u. a. Steuererleichterungen und Direktzahlungen) müssen überprüft und neu geordnet werden. 160 Einzelbestimmungen mit einem Gesamtvolumen von jährlich über 190 Milliarden Euro für familien- und ehebezogene Leistungen stehen in Deutschland einer vergleichsweise geringen Geburtenrate gegenüber. Die Ziele einiger Leistungen stehen untereinander im Widerspruch, einzelne Fördermaßnahmen werden miteinander verrechnet.
- Wir wollen, dass Familienleistungen stärker anerkannt werden, vor allem die Kindererziehung im Steuerrecht.

-
- Die finanzielle Unterstützung der künstlichen Befruchtung bei ungewollt kinderlosen Paaren wollen wir fortsetzen und das Landesprogramm auch für unverheiratete Paare öffnen.
 - Wir halten am sächsischen Familienpass und dem unentgeltlichen Eintritt in kulturelle Einrichtungen für Familien mit mehreren Kindern fest.

Frauenfreundliche Arbeitswelt heißt Wahlfreiheit schaffen

Frauen und Männer streben heute nach einer Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft. Die eigene Unabhängigkeit ist gerade bei Sachsens Frauen tief verankert. Jedes dritte Unternehmen in Sachsen wird bereits von einer Frau geführt – damit liegen wir deutschlandweit an der Spitze. Wir wollen Frauen eine Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen und ihre beruflichen Aufstiegschancen verbessern. Niemand darf aufgrund seines Geschlechts bei Aufstiegschancen oder Verdienst benachteiligt werden.

Qualifizierte Kinderbetreuung ist auch eine wichtige Grundvoraussetzung, um Frauen ein erfolgreiches Berufsleben zu ermöglichen. Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht auch Frauen in Führungspositionen. Die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote lehnen wir dagegen ab. Für uns sind Leistung und Können entscheidend, nicht das Geschlecht. Frauen mit geringen oder nicht nachgefragten Qualifikationen wollen wir über passende Weiterbildungsangebote einen Neuanfang im Berufsleben ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende nach längerer Beschäftigungspause.

Kinder und Jugendliche zielgerichtet unterstützen

Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen ist zuerst eine Aufgabe der Eltern. Nur dort, wo Eltern eine Unterstützung benötigen, sind staatliche Hilfsangebote zu rechtfertigen. Die Kinder- und Jugendarbeit unterstützt daher neben der Familie das Aufwachsen – vom präventiven Kinderschutz bis zur Unterstützung von Jugendverbandsarbeit vor Ort. Dabei berücksichtigen wir die demografische Entwicklung und sich verändernde Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Regionen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns ein für:

- Unterstützung der lokalen Ebene bei Maßnahmen der Frühen Hilfe und des Kinderschutzes. Die präventiven Dienste des Jugendamtes werden durch Mittel des Freistaates weiterhin gefördert.
- Gerade hoch belastete Familien, Familien mit sozialen Problemen oder gesundheitlichen Schwierigkeiten brauchen häufig Unterstützung. Deswegen stärken wir die Situation der Hebammen und bauen das System der Familienhebammen aus.
- Wir werden uns auf Bundesebene für eine rechtssichere Regelung für Babyklappen und anonyme Geburten einsetzen. In einigen seltenen Fällen ist dies der einzige Weg, um schwangeren Frauen in Notsituationen zu helfen und eine medizinische Versorgung des Kindes zu ermöglichen. Alle Träger, die Babyklappen vorhalten oder anonyme Geburten anbieten, müssen dazu verpflichtet werden, mit dem Jugendamt zu kooperieren.
- Das Sächsische Kinderschutzgesetz wird überprüft. Es soll besonderes Augenmerk auf die Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen gelegt werden. Überzogene Bürokratie darf einen wirksamen Kinderschutz dabei nicht verhindern.
- Wir setzen uns für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt ein. Die Prävention steht an oberster Stelle. Sie muss bereits in Kindertagesstätten und Schulen Einzug halten. Pädagogische Fachkräfte sollen noch stärker für das Erkennen von Gewaltopfern sensibilisiert werden.
- Bei Verdachtsfällen von Missbrauch oder Gewalt müssen Ärzte möglichst schnell handeln und Mediziner anderer Fachrichtungen hinzuziehen können. Die Etablierung von interdisziplinären Expertengruppen hat bereits begonnen – Modelle mit Kinderschutzambulanzen sind auch in Sachsen angelaufen. Diesen Ansatz wollen wir weiter verfolgen.
- Eine enge Zusammenarbeit von Ärzten, Psychotherapeuten und eine qualifizierte Begutachtung und Diagnostik sind entscheidend für ein überlegtes und koordiniertes Vorgehen beim Schutz der Kinder gegen Missbrauch und Gewalt. Die Ergebnisse bestehender Modellprojekte wollen wir dabei für Sachsen nutzen. Ärzte sollen sich sicher

-
- sein, dass ihnen keine Strafbarkeit droht, wenn sie ihrer Schweigepflicht nicht nachkommen und Strafanzeige gegen Erziehungsberechtigte aufgrund von Gewalt an Kindern stellen.
- Kinder sind vor schweren Krankheiten zu schützen. In erster Linie müssen Kinder dafür alle erforderlichen Impfungen erhalten. Daher soll insbesondere für Kinder, die eine Kita oder eine Schule besuchen, eine Impfpflicht eingeführt werden.
 - Die Jugendförderung soll weiterhin Aufgabe der Kommunen bleiben. Die finanzielle Unterstützung des Landes durch die Jugendpauschale hat sich bewährt und sollte auf hohem Niveau fortgeführt werden. Bei der Novellierung der Jugendpauschale wollen wir die Festschreibung des Betrages pro Jugendlichen sowie die Verteilung des Restbetrages auf die ländlichen Regionen erhalten – auch bei rückläufiger Zahl der Jugendlichen in den Landkreisen.
 - Fortführung der Unterstützung für Programme des Flexiblen Jugendmanagements im ländlichen Raum.

Adoptions- und Sorgerecht liberalisieren

Für uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Bei Adoptions- und Sorgerechtsfragen wollen wir die beste Lösung für das Kind finden. Daher haben wir uns erfolgreich für eine Novellierung des Sorgerechts eingesetzt und die Rechte der Väter gestärkt. Das kann aus unserer Sicht jedoch nur ein erster Schritt sein. Ebenso wollen wir das Adoptionsverfahren flexibler gestalten. Für manche Paare ist dies die einzige Möglichkeit, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dieser Weg darf ihnen nicht durch realitätsferne Regularien und bürokratische Vorschriften verstellt werden. Daher wollen wir das Adoptions- und Sorgerecht weiter liberalisieren:

- Wir wollen, dass kraft Gesetzes in jedem Fall automatisch die gemeinsame Sorge für Mutter und Vater begründet wird. Hierfür soll kein separater Antrag des Vaters mehr nötig sein. Nur wenn das Kindeswohl gefährdet ist, soll den Eltern das Sorgerecht verwehrt werden können.
- Wir fordern, dass auch älteren Adoptionsbewerbern die Chance auf eine Adoption gegeben werden soll, und diese nicht wie bisher ab einem Altersabstand von 40 Jahren zum Kind automatisch ausgeschlossen werden. Es ist falsch, älteren Menschen die Adoption pauschal zu verweigern. Entscheidend sollte allein der Elterneignungsbericht sein.
- Es ist unser Ziel, Adoptionsverfahren bekannter zu machen und das Engagement der Pflegefamilien stärker zu unterstützen. Dazu wollen wir die notwendigen Informationsangebote für Pflegeeltern ausbauen, ihnen die nötigen Fortbildungen und fachlich qualifizierte Beratungen zukommen lassen.

Diskriminierung und Vorurteile bei eingetragenen Lebenspartnerschaften weiter abbauen

Mit der Dienst- und Besoldungsrechtsreform wurde die vollständige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe in allen sächsischen Gesetzen vollzogen. Damit sind bis dahin vorhandene Lücken bei der Gleichstellung geschlossen worden. Jeder muss seine persönlichen Lebensumstände so gestalten können, wie er möchte, ohne dafür vom Staat rechtlich bevorzugt oder benachteiligt zu werden. Ziel muss es sein, gleichgeschlechtliche Lebensweisen umfassend anzuerkennen und eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichzustellen:

- Bestehende Benachteiligungen im Steuerrecht sind weiter abzubauen.
- Eine Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften wollen wir auch bei der Adoption erreichen. Im Gegensatz zu Ehegatten ist es eingetragenen Lebenspartnerschaften verwehrt, gemeinschaftlich ein fremdes Kind zu adoptieren. Für uns ist nicht die Struktur der Familie entscheidend, sondern die Qualität und Stabilität der Bindungen. Daher wollen wir gleichgeschlechtlichen Paaren das gleiche Adoptionsrecht einräumen, wie es heterosexuelle Paare haben.
- Perspektivisch wollen wir die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen.

Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen müssen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Sie brauchen keine reine Wohlfahrtspolitik, sondern eine Stärkung ihrer Autonomie und Rechte. Die UN-Behindertenrechtskonvention will die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen fördern. Der Schlüsselfaktor zur gesellschaftlichen Integration ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. Sie sollen nach Möglichkeit eine Anstellung finden und damit den eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Barrierefreie Lebensbereiche, eine Einbindung ins gesellschaftliche Leben sowie gegenseitiger Respekt und Akzeptanz geben Menschen mit Behinderungen Freiheit und Selbstverantwortung. Wir wollen Menschen mit Behinderungen in ihrer jeweiligen Lebenssituation unterstützen:

- Die Allianz zur Beschäftigungsförderung von Menschen mit Behinderungen hat sich bewährt. Es wurden zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze gefördert und Festanstellungen von schwerbehinderten Menschen erreicht. Wir wollen diese strategische Partnerschaft von Partnern aus Politik, Wirtschaft und Behindertenverbänden fortsetzen.
- Einstellungshemmnisse von Menschen mit Behinderungen in Unternehmen sind abzubauen. Gesetzliche Pflichtregelungen zur Integration von Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben sind häufig unnötig bürokratisch und bewirken das Gegenteil von Integration, vor allem bei klein- und mittelständischen Unternehmen.
- Investitionen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen werden auch zukünftig auf hohem Niveau gehalten. Auch das Angebot an Wohnformen muss verbreitert werden – vom individuellen Wohnen bis zur Rund-um-die-Uhr-Betreuung.
- Menschen mit Behinderungen müssen beispielsweise alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens, der gesundheitlichen Versorgung und der Kultureinrichtungen ohne fremde Hilfe benutzen können. Wir werden dazu barrierefreie Angebote weiter ausbauen.
- Wir werden feste Regeln zur Gewährung von Elternassistenz für Menschen mit Behinderungen vereinbaren, damit Eltern mit Behinderungen künftig Leistungen aus einer Hand erhalten.

Hohe Lebensqualität im Alter sicherstellen

Ältere Menschen stehen heute überwiegend voll im Leben und wollen sich aktiv und gestaltend in das gesellschaftliche Leben einbringen – ob in der Familie bei der Unterstützung der Kinder und Enkel, im Beruf mit ihren Erfahrungen und Routinen oder beim freiwilligen Engagement. Auf das Engagement der älteren Generation können und wollen wir nicht verzichten. Das Angebot an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren spürbar abnehmen. Es wird insofern unumgänglich sein, dass sich auch die Wirtschaft stärker auf das Älterwerden der Gesellschaft einstellen muss. Leistungsfähigkeit, Kreativität und Innovationskraft sind kein Privileg der jüngeren Generation.

Seniorenpolitik ist für uns mehr als die Betreuung von älteren Menschen. Die eigene Gestaltung des Lebens steht für uns im Mittelpunkt. Diesem Leitbild muss die Politik künftig mehr gerecht werden.

- Maßgeblich für einen Konsens zwischen den Generationen ist ein respektvolles Miteinander. Dazu gehört der Abbau von Altersdiskriminierung. Wir werden uns für den Wegfall aller entbehrlichen Altersgrenzen im Beruf einsetzen.
- Die öffentliche Verwaltung muss Vorbild sein, wenn es darum geht, die Potenziale des Alters zu nutzen. Mit individueller Förderung älterer Mitarbeiter, differenzierter Fort- und Weiterbildung und flexiblen Arbeitszeitmodellen soll die staatliche Verwaltung beim Altersmanagement beispielgebend sein.
- Der Übergang vom Beruf in die Rente muss flexibler gestaltet werden. Die finanzielle Förderung von Altersteilzeit soll abgeschafft werden. Wir wollen, dass der Renteneintritt künftig nicht mehr an starre Altersgrenzen gebunden ist, sondern individuell möglich ist und der Rentenbetrag entsprechend angepasst werden kann. Darüber hinaus sind die Hinzuverdienstgrenzen für Frührentner zu erhöhen.

-
- Wir wollen uns für ausreichend altersgerechten und barrierefreien Wohnraum für Senioren einsetzen. Dazu gehören auch technische Unterstützungssysteme (Ambient Assisted Living) für die vertraute eigene Wohnung.
 - Wir halten an der Unterstützung des Freistaates für Mehrgenerationenhäuser fest. Es muss vermieden werden, dass nach Ablauf des Bundesmodellprojekts Gebäude leer stehen. Dafür wollen wir die vorhandene Struktur an Mehrgenerationenhäusern weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass sie neben vorhandenen Strukturen, wie beispielsweise Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, etabliert werden.

Selbstbestimmung trotz Pflegebedürftigkeit wahren

Für uns basiert eine gute Pflege auf den individuellen Wünschen und Bedürfnissen des Pflegebedürftigen. Die demografische Entwicklung ist eine große Herausforderung, insbesondere in Hinblick auf die pflegerische Versorgung. Die strikte Trennung zwischen ambulanter und stationärer Pflege ist durch alternative Wohnformen und ambulante Pflege- und Beratungskonzepte zu ergänzen. Pflege soll nicht mehr mit Abhängigkeit assoziiert werden. Für uns heißt das:

- Sachsen hat die vergangenen Jahre landesweit ein Pflegenetz aufgebaut, das zum Ziel hat, Pflegebedürftige und deren Angehörige umfassend zu beraten, zu betreuen und zu versorgen. Diese Netzwerkarbeit hat sich bewährt. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur ein. Bürgerschaftliche Initiativen und Selbsthilfenetzwerke wollen wir stärker in das Pflegenetz integrieren.
- Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen soll möglichst in ihrer gewohnten Umgebung stattfinden. Bessere ambulante Versorgungsstrukturen und der Einsatz innovativer Technologien (z. B. telemedizinische Überwachung) unterstützen die Versorgung in den eigenen vier Wänden. Wohngemeinschaften sollen bei der ambulanten Betreuung künftig eine größere Rolle spielen und stärker in die Versorgungslandschaft integriert werden.
- Die Qualität von Heimen ist regelmäßig zu überprüfen. Eine hochwertige stationäre Pflege braucht eine ausreichende Zahl qualifizierter Fachkräfte. Darüber hinaus wollen wir die medizinische Versorgung der Heimbewohner verbessern, indem wir direkte Kooperationen zwischen Heimen und ärztlichen Einrichtungen unterstützen.
- Wir wollen die Erfahrungen mit Modellprojekten zur Etablierung geriatrischer Netzwerke in Sachsen auswerten. Die Netzwerke sollen ältere Menschen individuell versorgen, ihre medizinische Versorgung verbessern und eine Vernetzung der Leistungsträger erreichen.
- Die palliative Sterbebegleitung ist gesetzlich so auszugestalten, dass Ärzten keine Nachteile bei entsprechender Betreuung der Patienten entstehen.
- Der Pflege-TÜV und die Benotung der einzelnen Pflegeheime bieten für Angehörige oft die wesentliche Orientierung. Für uns ist wichtig, dass die Noten zur Qualität in der Pflege tatsächlich aussagekräftig und zuverlässig sind. Wir wollen, dass Pflegequalität, medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung und Ernährung stärker gewichtet werden. Wir streben zudem die Option eines sächsischen Pflege-TÜVs an.

Pflegeausbildung attraktiver machen – Fachkräfte für die Pflege sichern

Der Pflegeberuf ist ein schöner, aber herausfordernder Beruf. Eine intensive körperliche und emotionale Belastbarkeit, unregelmäßige Arbeitszeiten und Schichtdienst erfordern Verantwortung, Ausdauer, Selbstständigkeit und Professionalität der Pflegenden. Der Pflegeberuf muss über eine hohe Attraktivität und Anerkennung verfügen, um den Fachkräftebedarf auf Dauer decken zu können. Das bedeutet:

- Wir wollen uns auf Bundes- und Landesebene für die Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege einsetzen. Unsere Ziele sind es, die pflegerische Erstausbildung in das Berufsausbildungssystem zu integrieren, den Zugang zur Pflegeausbildung über verschiedene Wege und über Fort- und Weiterbildungen zu

ermöglichen, die Ausbildungsdauer zu flexibilisieren, die Durchlässigkeit auf allen Ebenen der Aus- und Weiterbildung zu schaffen und die Anrechnung von Qualifikationen zu erleichtern.

- Wir wollen möglichst vielen geeigneten Jugendlichen den Weg in die Pflegeberufe eröffnen. Daher sollen die Zugangshürden zu einer Pflegeausbildung nicht erhöht sowie das Pflegeschulgeld abgeschafft werden.
- Wir wollen auch Pflegekräfte aus dem Ausland mit entsprechenden Sprachkenntnissen für eine Arbeit in Sachsen gewinnen.
- Eine Pflegekammer halten wir für ein teures Placebo. Ein neuer Kammerzwang für den Pflegebereich löst die drängenden Probleme der Branche nicht.

Flächendeckende und hochwertige medizinische Versorgung in Sachsen sichern

Die ärztliche Versorgung muss vor allem außerhalb der drei Großstädte große Herausforderungen bestehen. Die Alterung der Bevölkerung führt zu einem überdurchschnittlichen medizinischen Behandlungsbedarf. Haus- und fachärztliche Versorgung wie auch Apotheken müssen für alle Sachsen in zumutbarer zeitlicher und räumlicher Entfernung zur Verfügung stehen.

- Wir wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung und den Krankenkassen alle Möglichkeiten nutzen, um Haus- und Fachärzte auch für unsere ländlichen Regionen zu gewinnen. Hierzu bauen wir auch auf die Unterstützung der Kommunen. Gemeinsam wollen wir erfolgreiche Anreizsysteme fortsetzen, beispielsweise bei baulichen Investitionen.
- Die Qualität der ärztlichen Leistung muss sich auch in der Honorierung der Arbeit widerspiegeln. Bislang werden ärztliche Leistungen anhand der reinen Leistungsmenge vergütet und die Qualität der Arbeit vernachlässigt. Ziel muss daher sein, intelligente Qualitätskriterien für die ärztliche Leistung und Vergütung zu entwickeln.
- Niedergelassene Vertragsärzte ab dem 68. Lebensjahr können auf Antrag von der Pflicht zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst befreit und somit in der ambulanten Versorgung gehalten werden. Im Interesse höherer Patientensicherheit und zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen der niedergelassenen Ärzte setzen wir uns für eine gesetzliche Pflicht zur Berufshaftungsversicherung ein.
- Das Niveau der Sprachkenntnisse ausländischer Ärzte muss es ermöglichen, intensive Arzt-Patienten-Gespräche zu führen und Patienten über Risiken aufzuklären.
- An der wohnortnahen Versorgung in modernen Krankenhäusern halten wir fest. Sachsen hat seit den 1990er Jahren ein hohes Leistungsniveau der Kliniken erreicht. Das wollen wir auch weiterhin durch Ersatzinvestitionen sichern. Wir setzen auf eine mit Bund und Krankenkassen abgestimmte Nachfolgeregelung für Bundes-Investitionsmittel, die mit Ablauf des Gesundheitsstrukturgesetzes nach 2014 ausläuft.
- Die sektoralen Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung müssen weiter reduziert werden. Brüche im Behandlungsprozess des Patienten sind zu vermeiden. Daher sind die Potenziale der verschiedenen ärztlichen Kooperationsmodelle, wie medizinischer Versorgungszentren (MVZ) und Berufsausübungsgemeinschaften, zu unterstützen und von Reglementierungen zu befreien.
- Wie bei den anderen Heilberufen setzen wir auch bei den Apothekern auf die Freiberuflichkeit. Die flächendeckende Versorgung mit Apotheken muss gesichert bleiben. Zur Ausbildung des pharmazeutischen Nachwuchses brauchen wir den Fortbestand der universitären Apothekerausbildung in Sachsen.
- Das Gespräch zwischen Arzt und Patient bleibt wichtigster Bestandteil der Behandlung und muss auch ausreichend honoriert werden.
- Wir wollen die stärkere Nutzung telemedizinischer Lösungen für eine höhere Behandlungsqualität unterstützen, beispielsweise für die Einholung von Zweitmeinungen.
- Wir unterstützen im Rahmen der fortschreitenden Spezialisierung die Etablierung neuer Berufe im Gesundheitsbereich wie beispielsweise den Operationstechnischen oder Chirurgisch-Technischen Assistenten. Die Ausbildung muss gesetzlich anerkannt werden.

-
- Eine einwandfreie Hygiene in Kliniken und Praxen ist Grundvoraussetzung für eine hochwertige Versorgung. Das von der FDP initiierte Hygiene-Programm war ein wichtiger Schritt zur Etablierung von Hygienenetzwerken. Diese Arbeit ist weiter zu verstärken. Wir wollen die Antibiotika- und Resistenzforschung ausbauen und hierzu auf die Kompetenzen und Ressourcen unserer Medizinischen Fakultäten und Pharmazeutischen Fakultät zurückgreifen.
 - Das Vertrauen in die Organspende muss zurückgewonnen werden. Dazu dient auch die intensive Fortführung der Aufklärungskampagnen.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und die Gewinnung von angehenden Haus- und Fachärzten beginnen bereits im Studium. Hier werden die Weichen für künftige Mediziner gestellt. Aus unserer Sicht muss das Medizinstudium flexibel und attraktiv gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass starre Vorgaben für Universitäten abgeschafft werden und sie mehr Freiheiten bei der Auswahl ihrer Studenten erhalten. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein:

- Die Medizinischen Fakultäten unserer sächsischen Universitäten müssen eine ausreichende finanzielle Ausstattung erhalten.
- Das Programm Studienbeihilfe und das erfolgreich angelaufene Stipendienprogramm des Freistaates zur Gewinnung von Hausärzten in den ländlichen Regionen werden fortgesetzt und fortlaufend auf deren Wirksamkeit hin überprüft.
- Die Universitäten müssen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Das betrifft Belegarztvereinbarungen, Honorarverträge und unternehmerische Beteiligungen.
- Das Angebot an Lehrkrankenhäusern ist auszubauen. Die Vergütungsobergrenze für die Medizinstudenten im Praktischen Jahr hat vor allem ländlichen Krankenhäusern geschadet, die häufiger bereit waren, den Studenten höhere Vergütungen zu zahlen als die Maximalversorger. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die in der Approbationsordnung festgelegte Grenze ersatzlos gestrichen und so das Praktikum auf dem Land für junge Ärzte wieder attraktiver wird.
- Wir wollen den Zugang zum Medizinstudium erleichtern und den Zugang zur medizinischen Ausbildung nicht allein von der Abiturnote abhängig machen. Wir wollen aus dem zentralen Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung (früher ZVS) austreten und damit den Universitäten mehr Eigenständigkeit bei der Auswahl ihrer Studenten geben.
- Bei den Studieninhalten sind in Verantwortung der Hochschulen altersspezifische Schwerpunkte der Medizin angemessen zu berücksichtigen, zum Beispiel Geriatrie, Gerontopharmakologie und Gerontopsychiatrie.

Schnelle medizinische Hilfe gewährleisten

Bei der Versorgung von Notfallpatienten arbeiten der Kassenärztliche Bereitschaftsdienst und die Notfallversorgung Hand in Hand. Beide Systeme der schnellen medizinischen Hilfe wollen wir beibehalten. Es zeigt sich, dass die Notfallversorgung und der Rettungsdiensteinsatz in der Praxis stark beansprucht werden – nicht selten auch in Fällen, in denen kein Notfall vorliegt. Die Quote der nicht notwendigen medizinischen Notfalleinsätze wollen wir reduzieren. Dafür gibt es den Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst. Die beiden Versorgungssysteme müssen zentral koordiniert werden. Darüber hinaus wollen wir zusätzliche Ärzte für den Rettungsdienst gewinnen. In Zusammenarbeit mit den Kliniken muss auch zukünftig die dauerhafte und flächendeckende Absicherung der Rettungsdienste gewährleistet werden.

Starke Gesundheitswirtschaft in Sachsen ausbauen

Der Gesundheitssektor ist ein expandierender Wirtschafts- und Wachstumsfaktor. Die sächsische Gesundheitswirtschaft erreicht bereits einen Anteil von mehr als 12 Prozent an der Bruttowertschöpfung und beschäftigt über 290.000 Menschen. In Sachsen gibt es innovative Unternehmen der Gesundheitsbranche, der Medizintechnik, Pharmatechnologie und Biomedizin. Die

moderne sächsische Krankenhauslandschaft mit hochklassiger technischer Ausstattung sowie Angebote der Spitzenmedizin über Universitätsklinika sind wesentlicher Grund für grenzüberschreitende medizinische Beratungen und Behandlungen. Dieses Potenzial wollen wir nutzen und ausbauen. Dazu wollen wir unsere Vorreiterrolle in der Gesundheitswirtschaft stärker herausstellen, die Förderung von Forschung und Wissenschaft intensivieren, Kooperationen mit ausländischen Partnern anstoßen und unsere gut entwickelten Tourismusregionen mitnutzen, zahlende ausländische Patienten zu gewinnen.

Eigenverantwortung im Gesundheitssystem stärken

- Wer krank ist, muss sich auf eine individuelle und professionelle medizinische Behandlung verlassen können. Unabhängig davon ist jeder dafür verantwortlich, die eigene Gesundheit zu erhalten und Erkrankungen zu vermeiden. Vorsorge und gesunder Lebensstil sind fester Bestandteil der persönlichen Verantwortung, sie verhindern eine übermäßige Belastung der Solidargemeinschaft. Gesundheitsbewusstes Verhalten im Sinne der Prävention soll durch die Krankenversicherung, aber auch durch den Arbeitgeber, besser anerkannt und gefördert werden. Die Sächsischen Gesundheitsziele sind zu evaluieren und um die psychische Gesundheit zu erweitern.
- Wir wollen die Bereitschaft zur vorbeugenden Impfung gegen schwere Krankheiten durch Aufklärung erhöhen.

Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist uns ein wichtiges Anliegen. Dank seiner reizvollen Natur und Umwelt besitzt Sachsen heute eine hohe Attraktivität als Lebens- und Arbeitsort. Seit der Wende wurden im Freistaat Sachsen enorme Fortschritte im Umweltschutz erzielt, vor allem bei der Gewässerqualität und Luftreinhaltung.

Wir stehen für eine rationale und vernunftbetonte Umweltpolitik mit Augenmaß und Pragmatismus. Dabei betrachten wir den Menschen als Teil der Umwelt und nicht als deren Feind. Umweltschutzziele sind für uns gleichberechtigt mit wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen. Nur mit den Menschen, nicht gegen sie, kann Umweltschutz umgesetzt werden. Auch im Umweltschutz setzen wir auf Effizienz. Ein angestrebtes Ziel sollte mit der kostengünstigsten Maßnahme erreicht werden.

Die Naturlandschaft Sachsens ist beeindruckend und vielseitig. Wir wollen sie bewahren – ohne den natürlichen Lebensraum durch Bürokratismus und überzogenen Umweltschutz so einzuschränken, dass Infrastrukturentwicklung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzertaltung nicht mehr möglich sind. Wir werden Eingriffe in die Natur möglichst schonend vornehmen. Gleichzeitig wissen wir, dass sich die Umwelt in jeder Epoche verändert hat – auch durch menschliche Einflüsse. Natürliche Zustände und biologische Vielfalt sind nicht statisch, sie verändern sich laufend. Umweltschutz kann daher nicht ein bloßes Konservieren eines bestehenden Zustandes sein.

Ökologischen Extrempositionen erteilen wir eine klare Absage. Nicht der Verzicht, sondern der Gewinn an Lebensqualität steht bei uns für einen erfolgreichen Umweltschutz. Reine Öko-Symbolik und Verbotspolitik lehnen wir ab – das gilt beispielsweise für Glühlampenverbot, Umweltzonen, Handypfand oder Plastiktütensteuer. Wir wollen die Menschen überzeugen, ihre natürlichen Grundlagen zu schützen und sie nicht zu Verhaltensänderungen zwingen.

Die These, dass Klimawandel ausschließlich oder überwiegend vom Menschen verursacht wird, ist in der Wissenschaft umstritten. Dies wird in der medialen Öffentlichkeit jedoch häufig nicht deutlich. Politische Entscheidungen dürfen sich daher nicht einseitig auf „erwünschte“ Aussagen aus der Wissenschaft stützen, sondern müssen unterschiedliche wissenschaftliche Meinungen berücksichtigen. Klimaveränderungen sind enorm komplex und voraussichtlich nicht allein auf den